



An die Medien im Kanton Bern

Bern, 13.06.2019

Grosser Rat gegen Transparenz für Mieterinnen und Mieter im Kanton Bern (Motion 105-2018)

Sehr geehrte Medienschaffende

Mit dem Vorstoss «Fair von Anfang an, dank transparenter Vormiete» sollten Vermietende verpflichtet werden, den Mietenden bei Wohnungsknappheit den Anfangsmietzins mit einem amtlichen Formular bekanntzugeben. Heute hat der Grosse Rat die Motion „Fair von Anfang an, dank transparenter Vormiete“ (105-2018) abgelehnt. Er spricht sich damit mit 81 Ja zu 58 Nein Stimmen (2 Enthaltungen) gegen die Einführung eines zur präventiven Beeinflussung steigender Mieten geeigneten Instrumentes aus. Damit ist die bürgerliche Mehrheit des Grossen Rates dem Antrag des Regierungsrates gefolgt. Noch 2014 hat der Regierungsrat in seiner Vernehmlassung zur Änderung des Mietrechts im Obligationenrecht den Vorschlag einer schweizweiten Einführung der Formularpflicht positiv begrüsst und festgehalten: „Transparenz ist ein zentrales Element für einen funktionierenden Markt.“ Obwohl sich die Problematik der steigenden Angebotsmieten in der Zwischenzeit sogar noch verschärft hat der Regierungsrat hier eine aus Sicht Mieterinnen- und Mieterverband Kanton Bern nicht nachvollziehbare Kehrwende vollzogen.

Das Resultat der Abstimmung ist für den Mieterinnen- und Mieterverband enttäuschend: Die in der Motion „Fair von Anfang an, dank transparenter Vormiete“ (105-2018) geforderte Transparenz zur Vormiete ist ein geeignetes Instrument, um die Entwicklung der Mietzinse präventiv zu beeinflussen. Das zeigt die Erfahrung in den Kantonen Basel-Stadt, Freiburg, Genf, Neuenburg, Nidwalden, Waadt, Zug und Zürich. Dort sind die Vermietenden verpflichtet, den Mietenden bei Wohnungsknappheit den Anfangsmietzins mit einem amtlichen Formular bekanntzugeben. Dazu kommt: Die Gemeinden Bern und Zollikofen haben sich deutlich geäussert, dass sie Transparenz zur Vormiete einführen möchten. Daher sollen Gemeinden in ihrer Autonomie die Einführung der Transparenz einführen können.

Verschiedene Studien* bestätigen, dass die Mieten im Kanton Bern einem Druck nach oben folgen. Das Mietpreisniveau steigt und die Unterschiede zwischen Angebots- und Bestandesmieten nehmen zu. Mieterwechsel führen regelmässig zu höheren Mieten; insbesondere dort wo Wohnungsnot besteht und die Leerwohnungsziffern tief sind. Ein grosser Teil der Berner Bevölkerung – vor allem in städtischen Gebieten – ist davon betroffen. Es braucht dringend Massnahmen und Lösungen auf politischer Ebene.

Für weitere Auskünfte

Marieke Kruit, Präsidentin
Sabina Meier, Geschäftsleiterin

* Nachhaltige Entwicklung im Kanton Bern. Monitoring 2017 / Bilanz Legislaturplanung 2015-18, Bericht des Regierungsrates, Mai 18. S. 64. Wüest&Partner, zitiert im «Der Bund Online-Ausgabe vom 30.01.2019